

Der Traum vom Staat der Alemannen

Stammesföderalistische Neugliederungskonzepte nach 1945¹

Von Jürgen Klöckler

In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich in Südwestdeutschland eine intensive Neugliederungsdiskussion abspielt.² Sie ist nicht zu verwechseln mit der Gründungsgeschichte des Bundeslandes Baden-Württemberg.³ Der „Kampf um den Südweststaat“ begann sich erst nach der Bekanntgabe der Frankfurter Dokumente durch die Westalliierten (hier besonders des Dokuments Nr. II über die Länderneugliederung⁴) und dem anschließenden Treffen der südwestdeutschen Regierungschefs auf dem Hohenneuffen im August 1948 zu intensivieren. Die Diskussion der Jahre 1945 bis 1947 war hingegen von stammesföderalistischen Projekten geprägt, die allesamt die Restauration der zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts durch Kaiser Napoleon I. geformten Staaten im Südwesten verwarfen. Die Idee einer alpinen Konföderation

¹ Der vorliegende Aufsatz ist die schriftliche Fassung des am 7. Dezember 1995 an der Universität Freiburg gehaltenen Vortrags „Separatismus und französische Besatzungspolitik in Südwestdeutschland 1945-1949“, der im Rahmen der Veranstaltungsreihe „1945 - Zu Problemen im französisch besetzten Südwestdeutschland“ des Alemannischen Instituts stattfand.

² Vgl. dazu einleitend: JÜRGEN KLÖCKLER, „Es wird mir übel, wenn ich vom ‘Wiederaufbau des Reiches’ höre“. Autonomieforderungen im französisch besetzten Südwestdeutschland. In: Beiträge zur Landeskunde. Regelmäßige Beilage zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Dezember 1996, S. 1-5. Vgl. dazu auch: HEIKO HAUMANN, „Schwäbisch-Alemannische Demokratie“ gegen „Staufisch-schwäbischen Imperialismus“. Politische Konzeptionen in Baden und Württemberg 1945-1952. In: Allmende 20 (1988), S. 36-52; PAUL-LUDWIG WEINACHT, Neugliederungsbestrebungen im deutschen Südwesten und die politischen Parteien (1945-1951). In: Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein. Hrsg. v. Hansmartin Schwarzmaier. Karlsruhe 1980 (= Oberrheinische Studien, Bd. V), S. 329-354; EDGAR WOLFRUM, Französische und deutsche Neugliederungspläne für Südwestdeutschland 1945/46. In: ZGO 137 (1989), S. 428-452.

³ Vgl. dazu EBERHARD KONSTANZER, Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Stuttgart 1969. Vgl. dazu weiter: Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation. Bearbeitet von PAUL SAUER. Ulm 1977.

⁴ Für den Wortlaut vgl. Der Parlamentarische Rat. Akten und Protokolle. Band 1. Vorgeschichte. Bearbeitet von JOHANNES VOLKER WAGNER. Boppard 1975, S. 32 f.

(Alpenland) und der Plan einer schwäbisch-alemannischen Demokratie (Alemannien) standen auf der Tagesordnung.⁵

I. Alpenland

Das Projekt einer alpinen Union (Alpenland) ging auf den ersten Nachkriegsbürgermeister der Stadt Singen am Hohentwiel, den Arzt Dr. Bernhard Dietrich, zurück. Er wurde in späteren Jahren im Volksmund nicht nur während der alemannischen Fasnet mit dem Titel „Alpenkönig“ bedacht; in diesem Begriff schwang Ironie und das ganze Unverständnis für die politischen Nachkriegsforderungen der sogenannten Alpenlandbewegung mit. Doch welche Substanz steckte hinter diesem Planspiel?

In der Biographie Dietrichs⁶ liegen die ersten Hinweise für das Milieu der vehementesten Befürworter einer alpenländischen Lösung verborgen. 1897 in Anselmingen im Hegau in einem katholischen Elternhaus geboren, hatte sich beim jungen Bernhard Dietrich schon während seiner gymnasialen Schulzeit in Konstanz in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg die Einsicht Bahn gebrochen, dass der kleindeutsche Geschichtsunterricht und die dahintersteckende preußisch-bismarcksche Geschichtsinterpretation für Süddeutschland nicht zwingend richtig sein musste. Vielmehr glaubte er, in Anlehnung an die Ideen des Bismarckgegners und Theoretikers des Föderalismus, Constantin Frantz⁷, dass

⁵ Vgl. dazu ausführlich: JÜRGEN KLÖCKLER, Abendland - Alpenland - Alemannien. Frankreich und die Neugliederungsdiskussion in Südwestdeutschland 1945-47. München 1998 (=Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 55)

⁶ Vgl. dazu HEDDA DIETRICH, Lebenslauf von Dr. Bernhard Dietrich. In: Hegau 11/12 (1961), S. 168 f. und weiter REINHILD KAPPES, Singener Bürgermeister und Ehrenbürger von 1899 bis heute. In: Singen - die junge Stadt. Singener Stadtgeschichte, Bd.3. Hrsg. v. Herbert Berner und Reinhard Brosig. Sigmaringen 1994 (= Hegau-Bibliothek, Bd.55), S. 167-203.

⁷ Constantin Frantz (1817-1891) Kritiker der kleindeutschen Reichsbildung Bismarcks; konservativer Publizist und Föderalist, dessen Ideen erst im 20. Jahrhundert rezipiert wurden; 1836-40 Studium in Halle und Berlin, zuerst Anhänger Hegels, dann Schellings; 1843-48 Referent im preußischen Kultusministerium; 1853-56 preußischer Generalkonsul für Spanien und Portugal; Reisen in ganz Europa; ab 1858 in Berlin ansässig; 1874-91 zurückgezogenes und ärmliches Leben in der Nähe von Dresden. Zur Renaissance der Frantz'schen Föderalismusvorstellungen nach 1945 vgl.: PETER HEIL, Föderalismus als Weltanschauung. Zur Geschichte eines gesellschaftlichen Ordnungsmodells zwischen Weimar und Bonn. In: Geschichte im Westen 9 (1994), S. 165-182. Zum Stand der Forschung vgl.: WINFRIED BECKER, Der Föderalist Constantin

die Organisation des Staates und der Gesellschaft eine föderalistische zu sein habe. Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er als Gebirgsartillerist teilgenommen hatte, begann Bernhard Dietrich ein medizinisches Studium an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Als Mitglied der katholischen, nichtschlagenden Studentenverbindung „Hohenstaufen“ im CV traf er in den ersten Jahren der Weimarer Republik mit Gleichgesinnten aus dem gesamten süddeutschen Raum zusammen. Aus diesen Jahren dürfte auch seine Freundschaft zu Julius Wachter⁸ aus Bregenz datieren, mit dem er nach 1945 politisch in Erscheinung treten sollte.

Nach abgelegter Promotion arbeitete Dietrich als Assistenzarzt in Erlangen, Zittau und Mannheim, bevor er sich im Jahr 1927 als praktischer Arzt in Singen niederließ. Schon in Erlangen hatte er sich politisch als Redner der Bayerischen Volkspartei betätigt, der antisozialistischen und streng föderalistisch ausgerichteten Schwesterpartei des Zentrums. In Singen jedoch schloss er sich nicht dem katholischen Zentrum an, das ihm zu zentralistisch und reichstreu erschien; doch in den katholischen Vereinen der jungen Industriestadt war bald sein Engagement zu spüren. Gegen Ende der Weimarer Republik trat Dietrich auch publizistisch hervor: zum renommierten Staatslexikon des Freiburger Herder Verlages steuerte er den Artikel über die deutschen Stämme bei,⁹ außerdem schrieb er glühende Aufrufe in der von Georg Moenius in München her-

Frantz. Zum Stand seiner Biographie, der Edition und Rezeption seiner Schriften. In: *Historisches Jahrbuch* 117 (1997), S. 188-211.

⁸ Julius Wachter (1899-1986) geboren in Wolfurt als Sohn des Bregenzer Altbürgermeisters Matthias Wachter; 1905-08 Besuch der Volksschule in Wolfurt; 1910 Besuch des humanistischen Staatsgymnasiums in Bregenz; 1917 Eintritt in das K. und K. Regiment der Tiroler Kaiserjäger, Offiziersausbildung, Einsatz in den Alpen, italienische Kriegsgefangenschaft; 1919 Immatrikulation an der Universität Innsbruck und Abschluß der Studien 1923 mit Promotion zum Dr. iur.; freier Mitarbeiter bei der Vorarlberger Landeszeitung; 1924 Rechtspraktikant und seit August 1924 Geschäftsführer (ab 1940 Prokurist) der Bregenzer Firma Pircher; 1940 Unabkömmlichstellung; 4.6.1945 nach Stefan Kohler (nicht mit seinem gleichnamigen Schwiegervater zu verwechseln!) zweiter Nachkriegsbürgermeister von Bregenz (bis 5.6.1947); Initiator und Begründer der „Bregenzer Festspiele“; Präsident des Roten Kreuzes; Inhaber wichtiger wirtschaftlicher Ämter in Vorarlberg (Präsident der Pfänderbahn AG (1945-1954), Präsident des österreichischen Rheinschiffahrtsverbandes, Aufsichtsrat in verschiedenen verstaatlichten Firmen).

⁹ BERNHARD DIETRICH, Stamm. In: *Staatslexikon*, 5. Auflage, Bd. 5, Sp. 39-42. Dort führte er aus: „Die großen Stämme mit ihren weitgedehnten Landschaften können eine brauchbare Unterlage sein für den Neubau des Reiches.“ Ebd., Sp. 42.

ausgegebenen Allgemeinen Rundschau;¹⁰ darin vertrat er die Auffassung, Deutschland müsse angesichts des latenten Nationalismus und Zentralismus stammesföderalistisch reorganisiert werden.

Nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten emigrierte Dietrich ins Elsass und kehrte erst nach einigen Monaten in die Stadt am Hohentwiel zurück. Während der nationalsozialistischen Diktatur bezahlte er sein oppositionelles Auftreten mit mehrmaligen Verhaftungen, zuletzt im Zusammenhang mit dem Zwanzigsten Juli. Den Einmarsch der französischen Truppen in Singen erlebte Bernhard Dietrich daher als wahrhaftigen Tag der Befreiung.

Oberst d'Alauzier, kommandierender französischer Offizier der Kampfgruppe Lebel und nachfolgend Bezirksdelegierter von Konstanz, ernannte Dietrich noch am Tag der Besetzung zum Bürgermeister. Die Behauptung, der Franzose habe eine Liste mitgeführt, auf der Dietrichs Name gestanden sei, ist angesichts der mangelnden Vorbereitung auf die Besetzung sicherlich unzutreffend. Vielmehr scheint Stadtpfarrer Engesser den Franzosen den Weg zu Bernhard Dietrich gewiesen zu haben, damit jener zum kommissarischen Bürgermeister eingesetzt werden konnte. In den ersten Wochen der Besetzung standen dann für Dietrich vor allem Probleme der Reorganisation des öffentlichen Lebens, der Entnazifizierung und die Erfüllung der Requisitionsforderungen der Besatzungsmacht im Vordergrund.

Die Frühsommerwochen des Jahres 1945 dürfen als die Inkubationszeit der Alpenlandpläne betrachtet werden; in seiner spärlichen Freizeit bereitete Bernhard Dietrich eine kleine Broschüre vor, die in der Druckerei Hieronymos Weidel in Ravensburg hergestellt werden sollte. Im Sommer 1945 hielt der Singener Bürgermeister die ersten Exemplare in Händen: sieben Seiten schmal und betitelt mit „Alpenland - Vorschlag einer staatlichen Neubildung im kommenden Abendland“. Dieses Traktat verteilte und verschickte Dietrich großzügig im gesamten südwestdeutschen Raum, weshalb es bis auf den heutigen Tag in vielen Archiven vorhanden ist. „Was wir fordern ist die Gründung eines föderalistischen Staates »Alpenland«“ lautet der Kern der Ausführungen. Darunter verstand Dietrich die staatliche Förderierung des katholischen Süddeutschlands unter Einschluss Österreichs. Auf der Grundlage der süddeutschen Stämme der „Alemannen, Schwaben, Altbayern und Österreicher“ sollte ein „abendländischer Bundesstaat“ entstehen. Die vorderösterreichische Tradition, 1806 durch die Napoleonische „Flurbereinigung“ unterbrochen, war Leitmotiv der aktuellen Forderungen. Auch die alemannische Schweiz glaubte Dietrich ganz vorsichtig an den Alpenstaat heranführen zu können, zuerst über kulturelle, dann über

¹⁰ BERNHARD DIETRICH, Aufruf: Freunde der Allgemeinen Rundschau! Föderalistische Kampfgenossen! In: Allgemeine Rundschau vom 17.12.1932.

wirtschaftliche Verbindungen. Das föderalistisch strukturierte Alpenland sollte Teil eines in die Formel „Abendland“ gekleideten, konföderierten Europas sein, das den Nationalstaat überwinden müsse; „die überlebte Begriffswelt des Nationalismus wird im neuen Abendland sowieso keine Geltung mehr haben“, argumentierte Dietrich und verstand dies gleichzeitig als Spitze gegen den Vorwurf des Separatismus. Denn waren die Nationalstaaten im konföderierten Abendland - respektive Europa - überwunden, musste zwangsläufig die preußische Dominanz über Süddeutschland zu Ende gehen; daran glaubte der Singener Bürgermeister fest.

Die Aktivitäten Bernhard Dietrichs beschränkten sich aber keineswegs nur auf die Abfassung brisanter Schriften. In jenen Wochen hatte er seine Kontakte zu Julius Wachter wiederaufgenommen, der seit Anfang Juni 1945 als Bregenzer Bürgermeister fungierte. Der Vorarlberger war Feuer und Flamme für Dietrichs Pläne und notierte nach einem Besuch in Singen am 3. Oktober 1945 in sein Tagebuch: „Es ist doch etwas großes bei dieser Idee, die da heißt ‘Alpen-Donaustaat’ und in weiter Ferne - Vereinigte Staaten von Europa - Abendland“.¹¹ Zwischenzeitlich hatte Wachter eine stattliche Zahl an Sympathisanten in Vorarlberg gefunden,¹² unter denen sich neben dem ehemaligen österreichischen Unterrichtsminister Dr. Emil Schneider¹³ und dem Bregenzer Bezirkshauptmann Dr. Emil Seeberger auch der dortige Vertreter der französischen Besatzungsmacht, Major Benité, befand. Man kam überein, am 10. Oktober 1945 in Bregenz das „Aktionskomitee des Alpenländischen demokratischen Bundes“ ins Leben zu rufen; dies entsprach dem Gründungsakt einer politischen Bewegung. Zusammen mit seinem engsten Vertrauten, dem Engener Rechtsanwalt Dr. Leopold Paur¹⁴, reiste Dietrich im eigenen Automobil, über

¹¹ Tagebucheintrag vom 3.10.1945; NL Julius Wachter (Privatbesitz).

¹² Vgl. dazu JÜRGEN KLÖCKLER, Föderalistische Neugliederungskonzepte nach 1945: Vorarlberg als Teil der „Donau-Alpen-Konföderation“ oder „Alemanniens“? In: Montfort 47 (1995), S. 249-265.

¹³ Emil Schneider (1883-1961) ab 1913 Professor an der Realschule Dornbirn; 1919 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung in Wien; 1920 Nationalrat; 1922-26 Bundesminister für Unterricht; 1926-38 Schuldienst (Landesschulinspektor in Wien/Direktor der Bundesrealschule in Dornbirn); 1938 Zurruesetzung durch die Nationalsozialisten; 1943 infolge Lehrermangel reaktiviert; 1945 unter Schneiders Leitung Neuaufbau des Bundesrealgymnasiums für Mädchen in Bregenz; 1949 zweiter und endgültiger Ruhestand; 1950 als Listenführer der ÖVP in den Stadtrat in Bregenz gewählt, dort Referent für Schulangelegenheiten bis 1955.

¹⁴ Leopold Paur (1889-1979) 1908 Abitur an einem humanistischen Gymnasium in München; 1908-12 Juristisches Studium in München; 1912 Referendarsexamen; 1914-18 Kriegsteilnehmer (Leutnant d.R.); 1918 Promotion in Heidelberg; 1919 Assessor-examen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst in München; 1919-20

das er als Arzt verfügte, nach Bregenz. Im Rathaus wurde die Gründung des Aktionskomitees vollzogen und die Teilnehmer hofften auf „eine wohlwollende Prüfung und Anerkennung ihrer Bestrebungen“.

Doch schnell wurde deutlich, dass der Bregenzer Bezirksdelegierte Benité einer der wenigen französischen Sympathisanten der Alpenlandpläne war. Durch Zeitungsmeldungen und den französischen Botschafter in der Schweiz wurde das Außenministerium in Paris von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt. Außenminister Georges Bidault und der Chef der Provisorischen Regierung, General Charles de Gaulle, waren entsetzt: Hatte nicht die im Juli 1945 erarbeitete Geheimdirektive Nr. 2¹⁵ die Ziele der französischen Österreichpolitik klar umrissen? Tatsächlich war General Béthouart in Wien über den Wunsch de Gaulles informiert, dass ein unabhängiges Österreich wiedererstehen solle, das keinesfalls in einen süddeutschen Staatenbund integriert werden dürfe. Auf dem Dienstweg über seinen Generalverwalter Pierre Voizard in Innsbruck verbot Béthouart noch im Dezember 1945 die Alpenlandbewegung und sorgte dafür, dass Major Benité aus Bregenz abberufen wurde. Die Zollgrenze nach Deutschland war seit Mitte Oktober wieder errichtet und somit war der Kontakt zwischen den südbadischen und den Vorarlberger Aktivisten unterbrochen. Damit war die Alpenlandbewegung, die auch im Breisgau und in Oberschwaben über Anhänger verfügte, gespalten und zudem verboten.

II. Alemannien

Im Sommer 1946 erschien im Konstanzer Verlag Curt Weller¹⁶ die erste Nachkriegspublikation des gebürtigen Elsässers Dr. Dr. Otto Feger: Die „Schwä-

Rechtsanwalt in München; 1920-24 Stellvertretender Reichsbevollmächtigter der Außenhandelsstelle „Chemie“ und Leiter der Nebenstelle „Harze“ in Hamburg; 1924-45 als Syndikus und Leiter von verschiedenen Verbänden in Berlin tätig; 1941-44 Hauptmann d.R. im Heereswaffenamt in Berlin; 1944 Übersiedlung nach Engen/Hegau mit den von Berlin nach Engen verlagerten und in Fachabteilungen umgebildeten Wirtschaftsverbänden; 1945 durch die Auflösung sämtlicher Fachabteilungen arbeitslos; 1946-49 Generalsekretär des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“; Propagandist für die europäische Einigung; 1950 Einsatz für den Erhalt des badischen Staates; 1951-52 Dezent in der Pressestelle der Badischen Staatskanzlei; 1952-61 Stiftungsverwalter der Universität Freiburg i.Br.

¹⁵ Für den Wortlaut vgl.: JÜRGEN KLÖCKLER, Quellen zu Österreichs Nachkriegsgeschichte in französischen Archiven. Tirol, Vorarlberg und Wien nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Montfort 48 (1996), S. 9-12.

¹⁶ Zur Biographie vgl.: MANFRED BOSCH/JÜRGEN KLÖCKLER, Der Verleger Curt Weller - Zu seinem 100. Geburtstag, in: Hegau 53 (1996), S. 179-198.

bisch-Alemannische Demokratie¹⁷. Wie bei Bernhard Dietrich ist auch im Falle Fegers die Biographie von Interesse.

Im elsässischen Mülhausen erblickte Feger im November 1905 das Licht der Welt und verbrachte seine frühe Kindheit in Masmünster und Colmar¹⁸ im damaligen Reichsland Elsass-Lothringen. Bei Kriegsbeginn lebte die Familie im oberelsässischen Thann, sein aus der Ortenau stammender Vater arbeitete dort als Lokomotivführer. Der Einmarsch französischer Truppen führte zur mehrmonatigen Internierung der Familie in Südfrankreich,¹⁹ der junge Feger besuchte deshalb zunächst eine französische Schule. Trotz der widrigen Umstände ist die Berührung mit der Kultur und Sprache Frankreichs zu einem einschneidenden Erlebnis geworden. Seine frankophile Grundeinstellung hat ihren Ursprung in den Kriegsjahren. Anfang 1916 gelang es seinen Eltern, ihn in Stans (Schweiz) in einem Gymnasium unterzubringen, allerdings nur für kurze Zeit, denn die Übersiedlung der Familie nach Freiburg machte einen erneuten Schulwechsel notwendig. Die Unruhe, von der sein jugendliches Leben erfüllt war, sollte ihn auch in den folgenden Jahren nicht loslassen. 1921 setzte er seinen gymnasialen Werdegang in Waldshut fort, doch nur für ein knappes Jahr, um schließlich in den Vereinigten Staaten, in Illinois, 1924 die Schule abzuschließen. Im fernen Amerika begann er ein juristisches Studium, aber vom Heimweh gepackt, kehrte er nach Europa zurück. Im französischsprachigen Teil der Schweiz, in Fribourg, eignete sich Feger ein solides juristisches Wissen an und war passioniertes Mitglied in der katholischen Verbindung „Fryburgia“. Noch vor der Promotion schloss er sich 1927 in Berlin, seinem neuen Studienort, dem Kreis um Dr. Carl Sonnenschein²⁰ an. Seine Dissertation²¹ reichte

¹⁷ OTTO FEGER, Schwäbisch-Alemannische Demokratie. Aufruf und Programm, Konstanz 1946.

¹⁸ Biographisches zu Kindheit und Jugend gehen auf ein Curriculum vitae Fegers in dessen Nachlaß zurück. Vgl.: „Lebenslauf von Oberarchivrat Dr. Otto Feger, Konstanz“ [um 1962]; NL Otto Feger (Privatbesitz).

¹⁹ OTTO FEGER, Konstanz und seine Beziehungen zu Frankreich (masch. 20 S.) 1951, hier S. 20; StadtA KN Bibliothek Feger G 63.

²⁰ Carl Sonnenschein (1876-1929) Studium in Bonn und am Collegium Germanicum in Rom; 1900 Weihe zum katholischen Priester; 1901-04 Kaplan; 1906 Referent beim Volksverein für das katholische Deutschland in Mönchengladbach; 1908 Gründer des „Sekretariats Sozialer Studentenarbeit“; seit 1918 in Berlin als Großstadtseelsorger galt S. als der „Apostel Berlins“; 1919 Gründer des „Akademischen Arbeitsamts“ und des „Kreises katholischer Künstler“ in Berlin; 1925 Herausgeber des Katholischen Kirchenblattes für Berlin.

²¹ OTTO FEGER, Das Vertragsrecht der Völkerbundsatzung. Freiburg/Schweiz 1928. Ein Exemplar befindet sich im NL Otto Feger (Privatbesitz).

er jedoch an der Alma mater in Fribourg ein; Fegers Doktorvater war Professor Lambert.²²

Als wichtigstes Resultat seiner Doktorarbeit betrachtete er die Erkenntnis, dass „der Staat nicht die höchste und vollkommenste Organisationsform der menschlichen Gesellschaft ist“²³. Über dem Staat sah Feger nämlich die Völkergemeinschaft angesiedelt, nach dem Motto „Völkerrecht bricht Staatsrecht“ hatte dieses eine höhere Qualität. Der Staatsbegriff sei überholt und eine Revision dringend nötig. „Seit dem Untergang des mittelalterlichen Universalstaatsgedankens [...] haben wir in der Rechtstheorie kaum eine Berücksichtigung der Zusammengehörigkeit der Völker mehr gefunden.“²⁴ Wohlgemerkt, derartige Gedanken stammen von 1928, sie zeigen aber, dass Feger schon vor 1945 Staatstraditionen wie im Falle Badens, Hohenzollerns oder Württembergs als sekundäre Merkmale betrachtet hat. Einer Neugliederung im Südwesten unter dem Dach der Völkergemeinschaft oder zumindest unter dem einer europäischen Konföderation hätte er zweifellos schon in den Jahren der Weimarer Republik das Wort geredet.

Zwischen 1929 und 1933 verdiente Otto Feger seinen Lebensunterhalt zuerst als juristischer Hilfsarbeiter, später als Nebenstellen- bzw. Abteilungsleiter in den Arbeitsämtern Stuttgart, Heppenheim, Singen am Hohentwiel und Bad Mergentheim. Politisch hatte er seine Heimat im Zentrum gefunden, seine strikte Ablehnung des Nationalsozialismus, der jede Form der Völkergemeinschaft verhöhnte, war offensichtlich. In den letzten Jahren der Weimarer Republik hielt er auch einige Vorträge und leitete Diskussionen „im katholischen Milieu“²⁵ und ließ sich als Zentrumskandidat 1932 für die Wahlen zum Hessischen Landtag aufstellen. 1933 sofort aus Staatsdiensten entlassen, machte sich Feger als Wirtschafts- und Steuersachverständiger im badischen Rheinfeldern selbständig. Aber auch am Hochrhein fand er keinen Frieden mit den Machthabern. Bei der Berufsausübung traf er allenthalben auf Schwierigkeiten, die ihm bewusst bereitet wurden. Mit seiner frisch angetrauten ersten Ehefrau betrieb er ab 1934 in Rheinfeldern und Wehr zwei Kinos²⁶; damit war die Grundlage für

²² Feger an Foerster vom 3.5.1948; StadtA KN BA A-L 1948/49.

²³ Vorwort der Dissertation; FEGER 1928 (wie Anm. 21), S. I f.

²⁴ Ebd.

²⁵ Anhang zum Fragebogen Otto Fegers vom 4.2.1946; Archives de l'Occupation française en Allemagne et en Autriche (= AdO) HCFA AC c.759/7.

²⁶ Im Herbst 1934 kaufte er mit seiner ersten Frau die „Saalbau-Lichtspiele“ am damaligen Adolf-Hitler-Platz (heute Friedrichplatz) in Rheinfeldern, die Eheleute Feger zogen in die Wohnung über dem Kino; MANFRED BOSCH, In Rheinfeldern wurde die Idee eines alemannischen Staates geboren. In: Badische Zeitung - Ausgabe Hochrhein - vom 22.2.1995.

finanzielle Unabhängigkeit gegeben, um im nahen Freiburg 1935 ein historisches Studium aufnehmen zu können.

Landesgeschichtliche Fragestellungen, die sein besonderes Interesse fanden, führten Otto Feger in die Welt des Mittelalters ein. Zu seinen akademischen Lehrern konnte er Theodor Mayer²⁷ zählen, der entscheidend den wissenschaftlichen Werdegang des späteren Konstanzer Stadtarchivars prägen sollte. Als Inhaber des mediävistischen Lehrstuhles bemühte sich Mayer, Landesgeschichte und Verfassungsgeschichte zu verbinden und wählte als Arbeitsfeld die Erforschung der Besiedlung und Erschließung des Schwarzwaldes im hohen Mittelalter.²⁸ Um die Forschung voranzutreiben, umgab sich Theodor Mayer mit einem Kreis von Wissenschaftlern, zu dem auch Feger gehörte. Obzwar dessen zweite Dissertation unter Clemens Bauer²⁹ entstanden war, fällt ihre Thematik in das Forschungsgebiet Mayers. „Zur älteren Siedlungsgeschichte des hinteren Wiesentals“ benannte Feger sein Werk, das er als Dissertation 1941 an der Albert-Ludwigs-Universität einreichte.

Aber auch eine zweite Forscherpersönlichkeit übte großen Einfluss auf Otto Feger aus. Aus einer alten Konstanzer Familie stammend, hatte sich Franz Beyerle als Ordinarius für Rechtsgeschichte der Erforschung des germanischen Volksrechts verschrieben. Beyerle liebte seine alemannische Heimat und ein Forschungsschwerpunkt galt der Geschichte des Raumes zwischen Freiburg und Konstanz. Durch Beyerle kam Feger auch mit dem Alemannischen Institut in Kontakt, nicht ahnend, dass dessen Leiter, Friedrich Metz, Jahre später sein stärkster Gegner auf wissenschaftlichem und politischem Gebiet werden würde.³⁰ Zu seiner Heimatstadt hatte Beyerle eine ganz besondere Beziehung, er

²⁷ Theodor Mayer (1883-1972) Mediävist in Wien, Prag, Gießen, Freiburg und Marburg; 1939-42 Rektor in Marburg; 1942-45 Präsident der MGH; 1945 Internierung durch die Amerikaner, zurückgezogenes Leben in Pommersfelden; 1951 Leiter des „Städtischen Instituts für Landschaftskunde des Bodenseegebiets“ in Konstanz; Begründer des „Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte“.

²⁸ Vgl. HELMUT MAURER, Otto Feger. In: Badische Biographien. Hrsg. v. Bernd Ottnad, NF, Bd. I, Stuttgart 1982, S. 111.

²⁹ Clemens Bauer (1899-1984) 1918 Notabitur am Gymnasium Schwäbisch-Hall; 1918 Militärdienst; 1919 Einsatz in einem Freikorps; 1919-22 Studium der Geschichte und Germanistik in Tübingen und München; Mitglied der katholischen Verbindung „Guestfalia“ im CV; 1922 Promotion in München; 1922-25 Vorbereitungszeit als Archivreferendar; 1928-35 Assistent in München; 1938 Professur in Freiburg i.Br.; 1942-45 Militärdienst; 1962/63 Rektor der Albert-Ludwigs-Universität; 1967 Emeritierung.

³⁰ Friedrich Metz (1890-1969) 1909 Abitur in Offenbach am Main; 1909-14 Studium der Geographie, Geschichte und Germanistik in Heidelberg und Leipzig; 1914 Promotion in Heidelberg; 1914-18 Kriegsdienst als Leutnant d.R.; 1924 Habilitation an

blieb ein Leben lang - wenn auch oft räumlich getrennt - ein Bürger der Bodenseemetropole, ihre Entwicklung lag ihm sehr am Herzen. Deshalb schmerzte ihn der ungeordnete Zustand des dortigen Archivs sehr. Die von seinem Bruder Konrad³¹ begonnene Herausgabe der Konstanzer Stadtrechtsquellen war seit zwei Jahrzehnten kein Stück mehr vorangekommen. Die unbefriedigende Situation musste dringend eine Änderung erfahren, Beyerle hatte auch schon einen Lösungsvorschlag parat: Otto Feger mit seiner unbändigen Arbeitskraft sollte nach dem Willen des Freiburger Professors Stadtarchivar von Konstanz werden. Beyerle erkannte die Dynamik, die in Feger vorhanden war: Zaudern war jenem unbekannt.

Doch der Plan ließ sich nicht leicht in die Tat umsetzen. Denn Feger war seit Ausbruch des Krieges zur Wehrmacht eingezogen,³² nach Abschluss seiner Dissertation wurde er nach Italien abkommandiert. Ihm war das Schicksal zugedacht, als Unteroffizier bei der Heeresstreife des Afrikakorps auf den schwarzen Kontinent verlegt zu werden. Aber Feger blieb vorerst von unmittelbarer Kriegseinwirkung verschont, seine Fähigkeiten wurden erkannt und man schickte ihn per Marschbefehl von Neapel aus in die Ewige Stadt. Mittlerweile sprach Feger nämlich fließend Italienisch und fand nun ab 1942 als Sonderführer Z³³ in der Funktion eines Dolmetschers beim deutschen General in Rom

der Technischen Hochschule in Karlsruhe; 1926-29 Dozent in Leipzig; 1929-35 Ordinarius in Innsbruck und Erlangen; 1936-38 Rektor der Universität Freiburg i.Br.; 1938-45 und 1951-62 Leiter des Alemannischen Instituts; 1945 suspendiert; 1952-55 Mitglied des Ausschusses für die Neugliederung der Bundesländer (Luther-Ausschuß); 1958 Emeritierung.

Friedrich Metz trat dem Konzept einer schwäbisch-alemannischen Demokratie mit seiner Schrift „Rheinschwaben“ (Heidelberg 1948) entgegen.

³¹ Konrad Beyerle (1872-1933) 1888 entdeckt der Konstanzer Gymnasiast B. die Radolfzeller Markturkunde von 1100; 1899 Habilitation bei der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i.Br.; 1902 Berufung auf den Lehrstuhl von Felix Dahn nach Breslau; 1905 Berufung nach Göttingen; 1918-33 Professor in München, Ernennung zum Geheimrat; 1919 Mitglied der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung; 1920-24 MdR (BVP).

Als anerkannter Staatsrechtler und katholischer Föderalist wurde B. 1919 damit betraut, den die Grundrechte und Grundpflichten betreffenden zweiten Hauptteil der Weimarer Verfassung auszugestalten. Eine theoretische Ausarbeitung seiner föderalistischen Überzeugung liegt vor in: DERS., *Föderalistische Reichspolitik*. München 1924.

³² Feger führte zwischen 1941 und 1945 ein Tagebuch, das er ständig bei sich trug. Vgl. das „Italienkriegstagebuch“; NL Otto Feger (Privatbesitz).

³³ Für bestimmte Arbeitsgebiete, die besondere Fachkenntnisse erforderten, wurden während des Krieges Personen ohne oder mit nur geringer militärischer Ausbildung aufgrund ihrer zivilen Fachkenntnisse und führender Stellung außerhalb der Wehrmacht

Verwendung. Dieser Stab war die Verbindungsstelle der Wehrmacht zur italienischen Armee; ausgelastet fühlte sich Feger mit seinem römischen Aufgabebereich allerdings nicht.

Zwischenzeitlich hatte Franz Beyerle bei der Stadt Konstanz in puncto Archiv interveniert; sein Ansprechpartner war der die Geschäfte der Stadt führende Rechtsrat Franz Knapp.³⁴ In Konstanz pries Beyerle seinen Schützling als einen Mann, „der mit Leidenschaft bei der historischen Arbeit“³⁵ sei. Während eines Urlaubs im Juli 1942 brachte er Otto Feger mit an den Bodensee, Bürgermeister Mager und Rechtsrat Knapp prüften und fanden den Kandidaten für geeignet. Ein Arbeitsvertrag, der Feger die Anstellung nach Kriegsende garantierte, wurde unterschrieben. Voller Tatendrang erreichte Feger, dass ihm Stadtordnungen und Satzungen des 15. und 16. Jahrhunderts mit nach Italien gegeben wurden, sofort wollte er mit der Transkription der einmaligen Dokumente beginnen. Die Halblederbände nahm Feger als Kuriergepäck mit in die Ewige Stadt, wo er sie am Deutschen Historischen Institut³⁶ hinterlegte und unverzüglich mit der Bearbeitung begann. Als sich im Sommer 1943 nach dem Sturz Mussolinis die Ereignisse überschlugen, hatte Feger alle Hände voll zu tun, um das unersetzliche Material nach Norditalien bringen zu lassen.

Aus dem Kriegsgefangenenlager Ghedi in Norditalien, wo er bereits Vorträge über das Projekt einer schwäbisch-alemannischen Demokratie gehalten hatte, wurde Otto Feger am 10. Juli 1945 entlassen; nach einer Woche traf er in Freiburg ein. Sein erster Gang führte ihn zu Franz Beyerle, dann zu seinem Doktorvater Clemens Bauer. Mit einem Laisser-passez versehen, begab er sich Anfang August an seinen neuen Arbeitsplatz am Bodensee. Voller Leidenschaft machte er sich an die neue Aufgabe, „mit einer Unabdingbarkeit, die er freilich immer durch seinen scharfen, allemal wachen Geist zu zügeln und zu meistern“ verstanden hat.³⁷

Innerhalb weniger Wochen schrieb er sodann das Manuskript der „Schwäbisch-Alemannischen Demokratie“ nieder. Er entwickelte darin den Plan, einen Staat zu schaffen, der auf ethnischer Grundlage stehen und die schwäbisch-alemannischen Gebiete von Baden, Hohenzollern, Württemberg und Bayern

als „Sonderführer“ in Offiziersstellen eingesetzt. Z bedeutete Zugführer, d.h. Rang eines Leutnants; vgl. RUDOLF ABSOLON, Wehrgesetz und Wehrdienst 1935-1945. Das Personalwesen der Wehrmacht. Boppard 1960, S. 183 f.

³⁴ Zu den Korrespondenzen Beyerle-Knapp vgl. StadtA KN S II 17966.

³⁵ Beyerle an Knapp vom 5.6.1942; StadtA KN S II 17966.

³⁶ Als „Ausleihschein“ diente das Schreiben Knapps an das DHI Rom vom 16.10.1942. Dort eine vollständige Auflistung der Dokumente; StadtA KN, ebd.

³⁷ Vgl. OTTO BORST, In memoriam Otto Feger. In: Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichstädte 14 (1968), S. 180.

umfassen sollte. Vorarlberg kam für Feger ebenfalls als Teil dieses Staates in Betracht. Über das Ortsbürgerrecht, das nur „Einheimische“ erhalten sollten, sei das Staatsbürgerrecht definiert. Das föderalistische Prinzip der Subsidiarität sollte durch die Selbstverwaltung auf der niederst möglichen Stufe gewährleistet werden. Eine auf ein Minimum reduzierte Zentralverwaltung sollte entweder in Rottweil oder in Donaueschingen bzw. Sigmaringen untergebracht sein. Eine Reform von Schule und Universität müsse die Erziehung zum landesgeschichtlichen Denken bewirken, die Pflege der Mundart war in das Programm eingeschlossen. Ein Umbau der Justiz und der Verwaltung sollte zur Beteiligung des Bürgers am Staatsleben führen. Ein Rechtskorpus müsse geschaffen werden, der von jedermann verstanden werden könne.

Der Verleger Curt Weller beantragte für das Manuskript bei der französischen Besatzungsmacht einen Auflage von 50 000 Exemplaren. Nach Monaten des Wartens wurde die Lizenz und die ungekürzte Auflagenhöhe bewilligt sowie das notwendige Papier zugeteilt; somit konnte die „Schwäbisch-Alemannische Demokratie“ bei der Druckerei Merk in Konstanz hergestellt werden. Anfang Juli 1946 wurden die Buchhandlungen mit den ersten Exemplaren beliefert. Das Buch wurde zu einem Verkaufsschlager und erregte großes Aufsehen. Die umstrittene Schrift hatte die höchste Auflage des Jahres 1946 in der gesamten Französischen Besatzungszone erhalten. In Baden-Baden sah man die „Schwäbisch-Alemannische Demokratie“ als einen Versuchsballon für den im Zivilkabinett von General Pierre Koenig entwickelten „Südschwabenplan“ an; darunter verstand die französische Besatzungsmacht die Schaffung eines Südstaates, der aus den südlichen Teilen Badens und Württembergs sowie aus Hohenzollern und dem bayerischen Landkreis Lindau bestehen sollte. Aber alle französischen Neugliederungspläne blieben Makulatur, weil das Außenministerium in Verhandlungen mit den Amerikanern einen Tausch von (Süd-)Württemberg-Hohenzollern gegen (Nord-)Baden anstrebte. Die Besatzungsherrschaft über ganz Baden war Ziel der offiziellen Pariser Politik, die Möglichkeit der Schaffung eines schwäbisch-alemannischen Staates wurde kaum wahrgenommen.

Auch Bernhard Dietrich war trotz des Verbots der Alpenlandbewegung in Vorarlberg nicht untätig geblieben. Im Januar 1946 preschte er bei der Militärregierung in Freiburg mit einem kleinräumigeren Neugliederungsplan vor und beantragte dementsprechend die Gründung eines „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“. Doch auch in diesem Fall zeigte sich die französische Besatzungsmacht äußerst reserviert: Die elsässische Autonomiebewegung der Zwischenkriegsjahre, so die Befürchtung auf allen Ebenen der Militärregierung, könnte zu neuem Leben erwachen. Tatsächlich hatte sich im Jahr 1926 ein

„Elsässisch-Lothringischer Heimatbund“³⁸ konstituiert, der erst nach Hochverratsprozessen und mit anderen repressiven Mitteln aufgelöst worden war. Welche Gefahren - nicht nur für das Elsass, sondern auch für Teile Österreichs - steckten in einer schwäbisch-alemannischen Heimatrechtsbewegung? In Baden-Baden beurteilte Generalverwalter Emile Laffon die ganze Angelegenheit gelassener und plädierte für die Zulassung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in der Hoffnung, dass sich die Bewegung von selbst totlaufen würde. Reichlich sechs Monate sollten vergehen, bis Bernhard Dietrich die Genehmigung zur Gründung des Heimatbundes in Händen halten konnte.

Für den 17. und 18. August 1946 berief Bernhard Dietrich die Gründungsversammlung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in die Aula der Singener Oberrealschule ein. Über 100 Teilnehmer aus dem Südteil der französischen Zone reisten an und bildeten eine für die Zeitumstände erstaunliche Kulisse. Die Versammlung wählte Bernhard Dietrich zum Präsidenten. Der zweite Mann hinter dem Singener Bürgermeister war der Konstanzer Stadtarchivar Feger, dessen „Schwäbisch-Alemannische Demokratie“ die Ziele des Heimatbundes bereits in der Öffentlichkeit bekannt gemacht hatte. Der schreibgewandte Archivar übernahm innerhalb der Vorstandschaft des Heimatbundes die Presseangelegenheiten und plante die Herausgabe einer föderalistischen Zeitschrift mit dem Titel „Oberland“.³⁹ Der Rottweiler Bürgermeister und

³⁸ Für den Wortlaut des Programms des „Elsässisch-Lothringischen Heimatbundes“ vgl. KARL-HEINZ ROTHENBERGER, *Die elsaß-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung zwischen den beiden Weltkriegen*, Frankfurt/Main 1976 (= Europäische Hochschulschriften, Bd. 42), S. 253-256.

³⁹ In der Probenummer der Zeitschrift, die für Lizenzierungszwecke hergestellt worden war, führte Otto Feger programmatisch aus: „Ein wesentlicher Teil unserer Zeitschrift wird der Diskussion über die Frage dienen, wieweit der schwäbisch-alemannische Raum politisch seine eigenen Wege gehen soll. Wer der Überzeugung ist, in Berlin müsse weiterhin die gesamtdeutsche Politik gemacht werden, und nach dem in Berlin beschlossenen Exerzierreglement müsse überall in Deutschland marschiert werden, dem werden manche unserer Aufsätze nicht angenehm in den Ohren klingen. Wir sind der Ansicht, daß die Leute im Oberland auch nicht dümmer sind als östlich der Elbe; und die Demokratie ist überdies in unserem Land um rund tausend Jahre älter. Im übrigen hat unser schweizerischer Nachbar im Süden gezeigt, daß man auch ohne preußische Führung und ohne Großmachtansprüche es zu Wohlstand bringen kann. Es gibt im schwäbisch-alemannischen Raum überraschend viele Leute, die der Ansicht sind, unser Volk sei mündig und imstande, seinen eigenen Weg zu gehen.“ Vgl. OTTO FEGER, *Unser Programm!* In: *Oberland. Wochenschrift für schwäbisch-alemannische Politik und Kultur*, Probenummer, S. 3; AdO HCFA AC RIL c. 922 p. 2.

Oberstaatsanwalt Dr. Franz Mederle⁴⁰, der bereits im Frühjahr 1946 die Genehmigung einer „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“ beantragt hatte, wirkte nach der verweigerten Lizenzierung ebenfalls in der Führungsmannschaft des Heimatbundes mit.

Welche Ziele verfolgte Bernhard Dietrich und der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“? Die Grundlage aller Überlegungen bildete das abendländisch-föderalistische Weltbild, das in den Nationalstaaten eine geschichtliche Fehlleistung erblickte. In den Augen Dietrichs war daher die preußisch-deutsche Nationalstaatsgründung von 1871 eine historische Missbildung, die es zu korrigieren galt. Vom Berliner Zentralismus, dessen augenfälligster Höhepunkt der Nationalsozialismus darstellte, wollte der Singener Bürgermeister die süddeutschen Stämme getrennt wissen: „Alles Unglück kommt von den Preußen“ lautete sein Wahlspruch. Daraus leitete Dietrich die Kernforderung ab: „Der Heimatbund will die Schaffung eines unabhängigen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des schwäbisch-alemannischen Volkes innerhalb der alten Reichsgrenzen unter Berücksichtigung der bodenständigen Bevölkerung“.⁴¹ Mit dieser Formulierung - auf Druck der französischen Besatzungsmacht mehrmals abgeändert - war sichergestellt, dass weder das österreichische Vorarlberg, noch die alemannische Schweiz oder das französische Elsass in die Planungen des Heimatbundes miteinbezogen werden konnten. Das zentrale Problem Dietrichs war die Definition des „Bodenständigen“: Bürger des neuen Staates sollte und konnte nur derjenige werden, der im Südwesten geboren war oder aber seit 1914 hier wohnte; eine Ausnahme musste Dietrich allerdings schon wegen des Generalsekretärs des Heimatbundes, dem gebürtigen Franken Leopold Paur, machen: wer eng mit dem Südwesten „verbunden“ sei, dürfe ebenfalls Aufnahme im schwäbisch-alemannischen Staat finden. Bei dieser Formulierung bleibt zu bedenken, dass sich im Sommer 1946 die ostdeutschen Vertriebenen noch nicht in der französischen Zone befanden. Die stämmische Homogenität schien zumindest nach außen intakt. Feger und Dietrich ging es darum, die oft in Spit-

⁴⁰ Franz Mederle (1893-1955) Sohn des Rottweiler Kameralamtsvorstandes; Gymnasium in Rottweil; 1914-18 Kriegsteilnehmer; Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen; Mitglied der nichtfarbentragenden katholischen Studentenvereinigung „Alamannia“ im Kartellverband; Promotion; 1920-21 Referendar am Landgericht Rottweil; um 1925 Eröffnung einer Rechtsanwaltspraxis in Rottweil; dem Zentrum nahestehend; nach 1933 Gegner des Nationalsozialismus; 1945-46 Bürgermeister von Rottweil; 1945-46 Oberstaatsanwalt am Landgericht Rottweil; 1946 Gründungsmitglied des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“; nach 1947 erneut Rechtsanwalt in Rottweil. Vgl. dazu auch: JÜRGEN KLÖCKLER, Franz Mederle. In: Baden-Württembergische Biographien. Hrsg. von Bernd Otnad, Bd. 3, Stuttgart 1999 (in Vorbereitung).

⁴¹ Vgl. das Programmatische Manifest des Heimatbundes im Quellenanhang.

zenposten in der Verwaltung (Landratsämter), beim Rundfunk (der Südwestfunk ging im März 1946 unter dem Schlesier Friedrich Bischoff auf Sendung), in den Medien und an den Universitäten (der nationalkonservative Historiker Gerhard Ritter lehrte in Freiburg) sitzenden „Nichtbodenständigen“ durch Einheimische auszutauschen. Denn der Staat sollte basisdemokratisch vom „ansässigen“ Volk regiert werden, so wie es Feger in seinem Buch in groben Zügen beschrieben hatte. Die demokratische Organisation der nahen Schweiz ist für die schwäbisch-alemannischen Autonomisten das weithin leuchtende Vorbild gewesen.

Nach der Gründungsversammlung konstituierten sich in den folgenden Monaten in den badischen Landkreisen Konstanz, Überlingen, Stockach, Donaueschingen, Villingen, Lörrach, Baden-Baden und Freiburg sowie im württembergischen Landkreis Rottweil Orts- und Landschaftsverbände des Heimatbundes. Jedoch erwiesen sich die Aktivitäten der Untergliederungen als zu schwach, um ein weites Vordringen der Ideen in breitere Bevölkerungsschichten zu gewährleisten. Politische Fragen fanden allgemein geringen Widerhall; auch die neu entstehenden Parteien hatten mit der allgegenwärtigen Lethargie der politisch Mündigen schwer zu kämpfen. Gleichermäßen zog der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ gegen die Politikmüdigkeit zu Felde, es sollte ihm aber nicht gelingen, eine tragfähige Basis in der Bevölkerung aufzubauen: der Heimatbund blieb eine Honoratiorenveranstaltung.

Im Landkreis Konstanz hatte der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ die meisten Ortsverbände. Generalsekretär Paur wirkte in seinem Wohnort Engen; dort hielt er in unregelmäßigen Abständen Versammlungen ab, die bei der hart arbeitenden ländlichen Bevölkerung nur auf geringen Widerhall stießen. Eine nennenswerte Zahl an Anhängern scheint Paur nicht gefunden zu haben. Im September 1948 sprach Dietrich daselbst über den Heimatbund vor zwei Dutzend Personen, die allesamt entweder Anhänger oder Mitglieder der CDU waren.⁴² In Singen hatte Bernhard Dietrich einen festen Kreis von Männern um sich geschart, die am 7. Dezember 1946 den Ortsverband Singen des Heimatbundes gründeten.⁴³ So sind gefestigte Strukturen und regelmäßige Zusammenkünfte dokumentiert. In Allensbach am Bodensee vertrat Bürgermeister Gottfried Mayer⁴⁴ das Programm des Heimatbundes. Quellenmäßig ist dies gesichert.

⁴² „Activité du ‘Heimatbund’ septembre 1948“; AdO Bade C 2128. Im gesamten Landkreis Konstanz fanden im September 1948 drei Veranstaltungen des Heimatbundes, zwei der CDU und vier der SPD statt. Die DP trat nicht in Erscheinung.

⁴³ Eine gedruckte Einladung wurde verteilt; StadtA SI Depositum Dusel.

⁴⁴ Gottfried Mayer (1896-1989) Maurerlehre; 1915-18 Kriegsdienst; Studium der Architektur in Karlsruhe; Bauführer, dann freier Architekt in Allensbach am Bodensee;

Im Landkreis Stockach verfügte der „Schwäbisch-Alemannische Heimatbund“ mit dem Stockacher Bürgermeister Dr. Alois Deufel über einen Verfechter des Südstaates; jedenfalls hat er sich in einem Sondierungsgespräch mit der Besatzungsmacht für einen Zusammenschluss des Südteils der Zone ausgesprochen.⁴⁵ Er arbeitete wiederum eng mit dem in Pfullendorf lebenden Kreis-kandidaten der BCSV/CDU und Abgeordneten des Badischen Landtages, Josef Vogt⁴⁶, zusammen. Vogt war durch die Überlinger Anhänger des Heimatbundes mit Bernhard Dietrich in Kontakt gekommen. Auf einer der zahlreichen, meist informell angekündigten Veranstaltungen, bei denen immer eine Anwesenheitsliste umlief, gewann ihn Dietrich für die Mitarbeit im „Direktions-Ausschuss“⁴⁷ des Heimatbundes; die Aufnahme in das Gremium war in erster Linie eine notwendige Formalität gegenüber der französischen Besatzungsmacht. Seit Mai 1947 ging die Sûreté von der Mitarbeit Vogts im engsten Zirkel des Heimatbundes aus. Die Militärregierung verhielt sich äußerst skeptisch und überwachte die Aktivitäten der Anhänger des Heimatbundes penibel.⁴⁸

Die Gründungsphase der BCSV im Landkreis Überlingen vollzog sich im Spannungsfeld zwischen einer Wiederbelebung des Zentrums und dem Erstarren des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“. Die Kräfte des Heimatbundes zählten zu der Gründungsgruppe der BCSV: Der Überlinger Amtsrichter Dr. Walz, der in französischen Quellen noch Anfang 1948 als treibende Kraft des Heimatbundes genannt wird,⁴⁹ gehörte ebenso wie Rechtsanwalt Dr. Herbert Wehrle zu den Gründern der BCSV in Überlingen. Insbesondere zu Wehrle, der in Überlingen „im intellektuellen Milieu [...] enthusiastische“ An-

1939-45 Hilfszöllner beim Zollgrenzschutz; 1945-48 Bürgermeister von Allensbach; ab 1948 freier Architekt und Bauführer; Wünschelrutengänger (u. a. entdeckte er die Konstanzer Thermalquelle); Stiftungsrat der katholischen Kirche in Allensbach.

⁴⁵ Französische Sondierung zum Zusammenschluß der Südzone (o. D.); AdO Bade AP Sec. Pol. c. 2801.

⁴⁶ Josef Vogt (1908-1996) gelernter Zeitungskaufmann; Geschäftsführer der katholischen Deutschen Bodensee-Zeitung; 1940-45 Kriegsteilnehmer; 1947-52 MdL Baden (BCSV/CDU); 1952-64 MdL Baden-Württemberg (CDU).

⁴⁷ Dietrich ließ bei einer der Veranstaltungen Vogt wissen: „Ich brauche nicht nur Doktoren, sondern auch Herren.“ Mit diesen Worten drückte er die Befürchtung aus, daß das starke Übergewicht der Intellektuellen im Heimatbund letztlich zum Mißerfolg führen würde; vgl. das Interview mit Josef Vogt vom 31.8.1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁴⁸ Vogt hatte sich 1947 bei der Sûreté in Überlingen zu melden, um die Ziele des Heimatbundes darzulegen. Die französischen Offiziere machten einen sehr reservierten Eindruck, Begeisterung für den Heimatbund kam nicht auf; vgl. das Interview mit Josef Vogt vom 31.8.1993; StadtA KN Cc 775 a.

⁴⁹ AdO Bade C 2128.

hänger für den Heimatbund gefunden hatte,⁵⁰ verfügte Bernhard Dietrich über solide Kontakte. Der Überlinger Kreisdelegierte Lindenmann vermerkte im Februar 1947, dass die Anhängerschaft des Heimatbundes nicht zahlreich und fast ausschließlich unter den Intellektuellen zu finden sei; Wehrle selbst hatte sich als Leiter des Überlinger Ortsverbandes des Heimatbundes zu erkennen gegeben.⁵¹ Auch Conrad Huther, der gleichwohl zu den Initiatoren der BCSV zählte, ließ sich auf der Gründungsversammlung des Heimatbundes in das Führungsorgan - den „Direktions-Ausschuss“ - wählen; die ideologische Nähe des Heimatbundes und der BCSV waren ihm noch nach Jahrzehnten geläufig: „Abgesehen von den gebietsmäßigen Veränderungen deckten sich die politischen Ziele des Heimatbundes mit denjenigen der BCSV.“⁵² Die Aktivitäten Huthers waren der Sûreté genauere Untersuchungen wert.⁵³ In Überlingen fand schließlich eine der wenigen überlieferten Veranstaltungen des Heimatbundes statt. Im Gasthaus Zähringer trafen sich im Spätsommer 1946 Anhänger des Heimatbundes, die aus Südbaden und Südwürttemberg angereist waren, unter ihnen auch ein Vertreter des Hauses Waldburg-Wolfegg.

Der Landrat des Kreises Donaueschingen, Dr. Robert Lienhart, war eng mit Bernhard Dietrich befreundet und nahm bisweilen an Sitzungen des Heimatbundes teil.⁵⁴ In französischen Quellen wird er als Leiter des Ortsverbandes Donaueschingen des Heimatbundes ausgewiesen.⁵⁵ Ob sich hinter dieser Formulierung greifbare Substanz verbarg, darf als wenig wahrscheinlich gelten. Im Umfeld der Villinger Ärzteschaft konnte Dietrich mit Unterstützung seiner Pläne rechnen: Dr. Peter aus der Schwarzwaldstadt galt aus französischer Sicht als Aktivist des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“, unterstützt von dem Krankenhausarzt Dr. Sauer, dem Versicherungsagenten Weckemann und dem Gärtner Karl Beck⁵⁶. Außerdem hatte Peter die beiden einflussreichen Ärzte Dr. Oscar Merroth aus Freiburg und Dr. Ott aus Löffingen für den Heimatbund gewinnen können. In Freiburg scharten sich die Anhänger eines auto-

⁵⁰ Lindenmann an Pène vom 26.2.1947; AdO Bade C 2128.

⁵¹ Ebd.

⁵² Conrad Huther 1981 gegenüber Paul-Ludwig Weinacht; PAUL-LUDWIG WEINACHT/TILMAN MAYER, Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945-1981. Sigmaringen 1982, S. 94.

⁵³ Kommissar Feris, Sûreté, an den Überlinger Kreisdelegierten Lindenmann vom 10.9.1946: Anforderung eines Berichts zu Conrad Huther; AdO Bade C 2128.

⁵⁴ Lienhart nahm auch an der sogenannten „Geheimkonferenz“ vom 3.4.1948 teil; Sûreté-Bericht über den Heimatbund vom 30.4.1948; AdO Bade C 2128.

⁵⁵ Gliederung des Heimatbundes vom 21.4.1948; AdO Bade C 2128.

⁵⁶ „Note concernant le Mouvement séparatiste ‘HEIMATBUND’ qui signifie LIEN NATAL“ o. D. [1946]; AdO Bade Con. Fribourg c. 2177/2.

nomen schwäbisch-alemannischen Staates um Dr. Josef Ruby⁵⁷, den Gründer der „Vereinigung Abendland“. Von Aktivitäten des Ortsverbandes Freiburg unter der Leitung von Helmut Ziegler fehlen allerdings jegliche Spuren.

Die beiden Repräsentanten des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Baden-Baden waren die Juristen Camill Wurz und Dr. Fröbel.⁵⁸ Beide hatten im April 1948 eine Denkschrift mitverfasst und schließlich unterzeichnet, deren Ziel das Ersetzen der „Preußen“ durch Einheimische in den führenden Positionen von Rundfunk und Presse sein sollte.⁵⁹ Man beschwor die französische Militärregierung förmlich, „die Leute aus Nord- und Mitteldeutschland [aus den Schaltstellen] zu verdrängen“⁶⁰, da diese vom preußischen Militarismus und Zentralismus erfüllt seien. Eine solche Geisteshaltung konterkariere die französische Politik, die doch auf die Schaffung eines föderalistischen Deutschlands gerichtet sei. Falls die französischen Stellen es wünschten, könne man sofort eine Liste mit befähigten Südwestdeutschen beibringen. Der Baden-Badener Rechtsanwalt Camill Wurz⁶¹ war 1948 bereits Mitglied der BCSV/CDU, jedoch nicht an deren Gründung beteiligt. Seine steile politische Karriere nach der Schaffung des Bundeslandes Baden-Württemberg begann als Kreiskandidat von Baden-Baden. Zwischen 1956 und 1976 vertrat er nicht nur die Kurstadt im Stuttgarter Landtag, sondern er bekleidete ab 1968 für zwei Wahlperioden auch das Amt des Landtagspräsidenten.

Im Dreiländereck entfaltete der Heimatbund eine sehr erfolgreiche Propaganda. Bernhard Dietrich nahm erstmals am 26. Januar 1947 in Weil am Rhein Kontakt mit den dortigen Sympathisanten des Heimatbundes auf. Allen voran konnte er sich vor Ort auf den Kinobesitzer Max Demmler⁶² stützen, mit dem er sich in Anwesenheit weiterer Personen über die politischen Ziele des Heimat-

⁵⁷ Zu Ruby, der eng mit Dietrich befreundet war, vgl. Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau. Bd. 3. Hrsg. von HEIKO HAUMANN und HANS SCHADEK. Stuttgart 1992, S. 414.

⁵⁸ Liste der Gruppierungen des Heimatbundes vom 21.4.1948; AdO Bade C 2128.

⁵⁹ „Mémoire“ vom 25.4.1948, unterzeichnet von Camill Wurz, Dr. Fröbel, Professor Armbruster und dem Donaueschinger Landrat Robert Lienhart; AdO Bade C 2128.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Camill Wurz (1905-1986) Studium der Rechtswissenschaften; Rundfunkratsvorsitzender des Südwestfunks; 1956-76 MdL Baden-Württemberg, Fraktionsvorsitzender der CDU; 1968-76 Landtagspräsident Baden-Württemberg.

⁶² Max Demmler (1898-1986) Oberrealschule Schopfheim, 1916-18 Kriegsteilnehmer; Gewerbeschule in Basel; Banklehre bei der Süddeutschen Diskontogesellschaft in Lörrach; 1926-28 Automobilverkäufer; seit 1929 Grabsteinverkäufer; Mitglied der DDP, dann der Deutschen Staatspartei bis zur Auflösung 1933; Luftwaffeneinsatz in Frankreich; 1946 Begründer des Hebefestes in Lörrach.

bundes unterhielt.⁶³ Die „Los von Preußen“-Stimmung hatte in der Lörracher Gegend eine fühlbare Verbreitung gefunden, der Nährboden für das Programm des Heimatbundes war günstig. Demmler machte im folgenden gezielt Werbung für den „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“. Dessen Tatkraft war es zu verdanken, dass sich binnen kurzer Zeit ein Landschaftsverband „Markgräflerland“ konstituierte, in dem sich laut französischer Recherchen bis Ende März 1947 etwa einhundert Personen eingeschrieben hatten.⁶⁴ Auch die Schweizer Presse berichtete über die Aktivitäten des Heimatbundes in Lörrach.⁶⁵ Max Demmler hatte über die „Schwäbisch-Alemannische Demokratie“ Otto Fegers die Idee eines autonomen Alemanniens bereits in sich aufgesogen. Von der Schrift schaffte er eine große Zahl von Exemplaren an, vermutlich um diese für Propagandazwecke zu verteilen. Sprichwörtlich manifestierte sich Demmlers Antiburussianismus in der immer wieder vorgetragenen Überzeugung, die auf den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 anspielte: „Dr Großvattr hättis no schön gha, der hat no uff d'Preuße schieße dörfe.“⁶⁶

Der Landschaftsverband „Markgräflerland“ wurde so zum Sammelbecken der föderalistischen Kräfte im äußersten Südwesten. Über die Parteigrenzen hinweg fanden sich Politiker, die sich für den „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“ einsetzten. Neben Demmler ist an erster Stelle Peter Hartmann,⁶⁷ damals Bürgermeister von Weil am Rhein, zu nennen; dessen föderalistische und frankophile Einstellung war bei der französischen Besatzungsmacht bekannt. Hartmann engagierte sich beim Aufbau der Demokratischen Partei und bekleidete das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisvereins Lörrach. Er fand in der unmittelbaren Nachkriegszeit über Max Demmler Zugang

⁶³ Monatsbericht Januar 1947 des Lörracher Kreisdelegierten Georges vom 30.1.1947; AdO Bade M 1102/3.

⁶⁴ Die Zahl ist vorsichtig zu bewerten, sicherlich wollte der Kreisdelegierte Georges in seinem Bericht vom März 1947 mit dieser unpräzisen Angabe („une centaine“) auf die erstaunliche Resonanz hinweisen; AdO Bade M 1102/3.

⁶⁵ Artikel „Alemannisch-schwäbischer Heimatbund“, in: Basler Nachrichten vom 20.2.1947.

⁶⁶ „[Mein] Großvater hat es noch gut gehabt, der durfte noch auf die Preußen schießen.“ Demmler spielte damit auf den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 an, in dem badische Truppen zusammen mit württembergischen und bayerischen Einheiten gegen die preußischen Verbände gekämpft hatten. Für das Zitat vgl. das Schreiben Friedrich Vortischs (Nachlaßverwalter von Demmler) an den Verfasser vom 3.6.1994.

⁶⁷ Peter Hartmann (1904-1967) Lehre bei der IG Farben; 1923 Wechsel zu Degussa nach Rheinfelden; 1926-38 Tätigkeit im Laboratorium einer Textilfirma in Weil am Rhein; seit 1929 Mitglied der DDP; 1939-44 Kriegsdienst; seit April 1945 Bürgermeisterstellvertreter; 1946-57 Bürgermeister von Weil am Rhein; 1959-67 Gemeinderat dasselbst.

zum „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund“. Auch dem Lörracher Bürgermeister Josef Pfeffer, einst Zentrumsmitglied, lag die Zielsetzung des Heimatbundes am Herzen. Für einen Mann des alten Zentrums besaß das Bismarckreich nach den Erfahrungen des Kulturkampfes keine große Attraktion. Die SPB war ebenfalls im engeren Zirkel der Lörracher Sektion des Heimatbundes vertreten. Der Kreistagsabgeordnete Dr. Hess repräsentierte den föderalistischen Flügel der Sozialdemokraten und gehörte zum inneren Zirkel des Landschaftsverbandes „Markgräflerland“.

Der einzige funktionsfähige Ortsverband des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Württemberg-Hohenzollern bestand in Rottweil. Der dortige Bürgermeister und Oberstaatsanwalt Franz Mederle hatte sich im Frühjahr 1946 vergebens bei der französischen Besatzungsmacht um die Lizenzierung einer „Schwäbisch-Alemannischen Volkspartei“ bemüht. In die Planungen war auch der spätere Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern und Rottweiler Rechtsanwalt Lorenz Bock eingeweiht. Oberstaatsanwalt Mederle schloss sich nach dem Misserfolg den Bestrebungen des Bodenseeraumes an und wirkte bei der Gründungsversammlung des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ mit. Sein Vertrauter und ständiger Ansprech- und Diskussionspartner war der Rottweiler Installateurmeister Willi Ernst. Beide zusammen führten in zahllosen Unterredungen weitere Rottweiler Bürger an den Heimatbund heran, die „Schwäbisch-Alemannische Demokratie“ von Otto Feger galt ihnen als Bibel. Öffentliche Veranstaltungen können quellenmäßig nicht nachgewiesen werden, doch hat die stammesföderalistische Idee über Rottweil hinaus im intellektuellen und großbürgerlichen Milieu Württemberg-Hohenzollerns Zustimmung gefunden.

Die Sympathisanten des Heimatbundes waren nämlich im gesamten französisch besetzten Teil Württembergs vorhanden. Der Tübinger Kreisdelegierte Courtois wusste im Juni 1946 an seinen Vorgesetzten Widmer zu berichten, dass sich in der Stadt eine „separatistische schwäbische politische Partei“ konstituiere, deren Ziel „die Schaffung einer schwäbischen Republik unter französischem ‘Protektorat’“ sei.⁶⁸ Einer Heimatpartei gab Courtois große Chancen für einen durchschlagenden Erfolg bei der Bevölkerung. Das De-facto-Versammlungs- und Organisationsverbot Widmers verhinderte die Gründung von Ortsverbänden des „Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes“ in Württemberg-Hohenzollern. Der Textilfabrikant Heinzelmann aus Reutlingen stimmte mit den Zielen des Heimatbundes überein und war zur Mitarbeit bereit.⁶⁹ Das glei-

⁶⁸ Cercle de Tübingen: Rapport mensuel Juin 1946; AdO W-H p) Tübingen c. 2967 p. 4 d. 29/I.

⁶⁹ Cercle de Rottweil: Rapport mensuel du mois de mars 1946; AdO W-H l) Rottweil c. 2256 p. 3.

che galt für den Trossinger Akkordeonfabrikanten Hohner, der sich mit dem Rottweiler Bürgermeister mehrmals im Frühjahr 1946 über die politische Neugliederung auf stammesföderalistischer Grundlage unterhalten hatte. Obwohl Kommunist, war der Tailfinger Bürgermeister Reinhold Gonser wegen seiner frankophilen Überzeugung ebenfalls zur Zusammenarbeit mit dem Heimatbund bereit. Anfang April 1947 erreichte Dietrich zudem ein Schreiben zweier Jugendgruppen des Kreises Tuttlingen, der „Katholischen Schwabenjugend“ und dem „Bund junger Schwaben“, die ihm die Zusammenarbeit anboten.⁷⁰ Ihre Triebfeder war die befürchtete „Verpreußung“ der Jugendarbeit in Württemberg-Hohenzollern, die sie auch in einem offenen Brief an das Staatssekretariat in Tübingen zum Ausdruck brachten.⁷¹ Motiviert war der Vorstoß durch den Willen zur Umsetzung größerer Autonomie für den Südwesten Deutschlands.

Bernhard Dietrich wurde nicht müde, durch Veranstaltungen und Reden in breiten Kreisen zu wirken. Der durchschlagende Erfolg blieb den Heimatrechtlern jedoch verwehrt: Die mit bekannten Persönlichkeiten besetzten Ortsverbände scheuten zu oft das helle Licht der Öffentlichkeit. Schnell waren die Heimatbündler sowohl von der Presse als auch von den neuentstandenen politischen Parteien mit dem Schimpfwort „Separatisten“ belegt und stigmatisiert worden. Und wer konnte es sich schon erlauben, unter fremder Besatzung von der Bevölkerung als vermeintlicher Landesverräter angesehen zu werden? Stand nicht eine spätere Karriere auf dem Spiel? Das beste Exempel lieferte der in Baden-Baden für den Heimatbund agierende Camill Wurz. Hätte er tatsächlich energisch für einen schwäbisch-alemannischen Staat Stimmung gemacht, wäre er als Separatist verschrien gewesen und er hätte wohl kaum seine steile politische Karriere antreten können.

Aber auch andere Gründe führten zum Scheitern des Heimatbundes: Eine von der Neuen Zürcher Zeitung als Hausstreit⁷² titulierte Auseinandersetzung zwischen den beiden führenden Köpfen - Dietrich und Feger - endete mit dem Ausscheiden Fegers schon im Dezember 1946, die Kräfte des Heimatbundes spalteten sich. Überdies scheinen interne Querelen die Aktivitäten der Vereinigung stark behindert zu haben. Dazu kamen persönliche Schwächen einzelner, führender Mitglieder: So traute sich der Generalsekretär des Heimatbundes,

⁷⁰ Der Brief wird zitiert in einem Bericht der Sûreté vom 24.4.1947 über die Aktivitäten des Heimatbundes im ersten Trimester 1947; AdO Bade C 2128.

⁷¹ Der offene Brief ist abgedruckt im Artikel: „Die 'preußische Invasion'“, in: Der Tagesspiegel vom 18.4.1947.

⁷² Vgl. den Artikel: „Ein autonomes Alemannien?“, in: NZZ vom 9.3.1947. Hier fiel erstmals der Begriff „Hausstreit“, der im folgenden in den französischen Quellen rezipiert wurde.

Leopold Paur, kaum zu, vor größeren Menschenansammlungen zu sprechen - für einen Politiker unvorstellbar. Als letzter Punkt sei schließlich die Haltung der französischen Besatzungsmacht erwähnt; zum einen hatte diese wider Erwarten auf Druck aus Paris den Südstaat im Jahr 1946 nicht eingerichtet und zum anderen sprachen sich nicht wenige Offiziere strikt gegen die Aktivitäten des Heimatbundes aus. Der Tübinger Oberdelegierte Widmer hatte gegen die Anweisung seines Vorgesetzten Laffon die Gründung von Ortsverbänden des Heimatbundes in Württemberg-Hohenzollern verboten, er bezeichnete intern die Autonomiepläne als „Hirngespinnste und allgemeine Gehirnerweichung“.⁷³

Von der These, die französische Besatzungsmacht habe nach dem Zweiten Weltkrieg „separatistische Tendenzen“ unterstützt und gefördert, muss die historische Forschung endgültig Abschied nehmen.⁷⁴ Genauso muss man sich von dem Bild der landesverräterischen „Separatisten“ verabschieden. Es bleibt vielmehr zu konstatieren, dass unmittelbar nach 1945 eine abendländisch-föderalistische Gegenbewegung an die Oberfläche kam, die im Südwesten angesichts der als widernatürlich empfundenen Zersplitterung die staatliche Einheit des schwäbisch-alemannischen Raumes forderte; als politisches Ziel wurde die Integration der Stammesstaaten in ein konföderiertes Europa, das als alleiniger Garant für ein friedliches Zusammenleben der Völker angesehen wurde, propagiert. Es war - kurz gesprochen - ein anderes gesamtgesellschaftliches Prinzip, das zum Tragen kommen sollte: nämlich der Föderalismus auf europäischer und gleichzeitig auf heimatlicher Ebene.

⁷³ „Billevisées et paralysie générale“ notierte Widmer handschriftlich an den Rand einer Feger und Dietrich betreffenden Seite eines Berichts des Straßburger Centre d'Etudes Germaniques; RIEFEL, Le problème du Fédéralisme, [1948]; AdO W-H 1f. Ser. Div. c. 2519 p. 6.

⁷⁴ Etwa bei Gerhard Hirscher (DERS., Carlo Schmid und die Gründung der Bundesrepublik. Eine politische Biographie. Bochum 1986, S. 19), der den Franzosen unterstellte, daß sie „direkt oder indirekt - separatistische Tendenzen förderten“. Bei Carola Bury (DIES., Der Volksentscheid in Baden. Die „Arbeitsgemeinschaft der Badener“ und die „Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg“. Frankfurt/Main 1985, S. 7), die urteilte: „Frankreich [...] unterstützte separatistische Bewegungen“. Oder bei Frank R. Pfetsch (DERS., Die französische Verfassungspolitik in Deutschland nach 1945. In: Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation. Hrsg. v. Joseph Jurt. Freiburg 1993, S. 91), der von einer „verhaltenen Unterstützung“ sprach. Auch der Altmeister der Forschung zur FBZ, Frank R. Willis, meinte zu Beginn der französischen Besatzung eine kurzzeitige Unterstützung des „Separatismus“ ausmachen zu können (DERS., France, Germany and the New Europe 1945-1967. London 1968, S. 47).

Quellenanhang:

Programmatisches Manifest des Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes [1946] (NL Bernhard Dietrich, Privatbesitz)

I. Der Heimatbund geht von folgenden Erwägungen aus:

1.) Die im Kriege von 1866 durch Bismarck erzwungene Zusammenfassung deutscher Stämme in ein preußisch-deutsches Reich unter überwiegend nord- und ostdeutscher Führung hat zwangsläufig zu den Katastrophen von 1918 und 1945 geführt. Wenn diese Zusammenfassung nicht rechtzeitig gelöst wird, besteht die Gefahr weiterer Katastrophen.

2.) Der Nationalismus ist dem widerstrebenden Süden und Westen durch die undemokratischen und reaktionären Stimmenmassen des Norden und Osten aufgezungen worden. Insbesondere das schwäbische und alemannische Land wären nie nationalsozialistisch geworden ohne die von Berlin aus erzwungene Gleichschaltung.

3.) Der uralten demokratischen Tradition der Schwaben und Alemannen entspricht der demokratische Staat mit stark ausgeprägter Dezentralisation und ausgedehnter Selbstverwaltung der Landschaften und Gemeinden. Da im Norden und Osten diese demokratische Tradition weitgehend fehlt, ist unsere bodenständige Demokratie in einem von Norden her bestimmten Gesamtreich in keiner Weise gesichert.

4.) Wenn schon das schwäbisch-alemannische Land sich den drückenden Folgen des vergangenen Krieges nicht entziehen kann, obwohl es 1933 durch den Norden gewaltsam in den Nationalsozialismus hineingezwungen und erst durch den Sieg der Alliierten daraus befreit wurde, so soll es wenigstens in Zukunft vor neuen inneren und äußeren Katastrophen bewahrt bleiben. Das kann aber nur geschehen, wenn nicht wieder sein Schicksal von anderen Teilen Deutschlands her bestimmt wird.

5.) Es soll nicht nochmals, wie in den vergangenen drei Kriegen, schwäbisch-alemannisches Blut für preußische Eroberungsansprüche, sei es im Osten oder anderswo, vergossen werden. Der schwäbisch-alemannische Wohnraum ist uns groß genug! Wir wollen weder Kolonien noch fremden Lebensraum unter irgendwelcher Begründung. Wir wollen ohne Großmachtsansprüche sicher und frei leben in einem kleinen, aber freien Staat.

6.) Wir glauben an sittliche Grundsätze auch im Leben des Staates und im Leben der Völker, an den Sieg des Rechts über die Gewalt, der Menschlichkeit über die Brutalität, der Freiheit über den Zwang. Wir glauben endlich, dass es

nur von uns abhängt, ob in Zukunft ein freier demokratischer Staat unsere Sicherheit und wirtschaftliche Existenz gewährleistet und ob wir eines Tages mit gleichem Recht in der friedlichen Gemeinschaft der Nationen leben und arbeiten können.

II. Der Heimatbund arbeitet nach folgenden Grundsätzen:

1.) Der Heimatbund will die Zusammenfassung aller Kräfte in Alemannien und Schwaben, die in der Abkehr von den Gedanken des Bismarck'schen und Hitler'schen Reiches und in der Hinwendung zu den natürlichen Traditionen unseres Landes die sicherste Möglichkeit eines moralischen, politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues sehen.

2.) Der Heimatbund ist keine neue Partei und treibt keine Parteipolitik!

Den Mitgliedern steht jede parteipolitische Tätigkeit frei, soweit sie mit seinem Grundgedanken nicht unvereinbar ist. Anhänger irgendwelcher Diktaturbestrebungen lehnt der Heimatbund ab. Der Heimatbund sucht seine Ziele nicht durch Ausschaltung politischer Parteien zu erreichen.

3.) Der Heimatbund fragt auch nicht nach der politischen Vergangenheit seiner Mitglieder. Die Arbeit am Neuaufbau unseres Staates kann auf keinen verzichten, der ehrlich mitzuarbeiten bereit ist, selbst wenn er einst anders gedacht haben sollte. Dies gilt vor allem für die Jugend, die etwas anderes als den Nationalsozialismus nicht gekannt hat. Die Leitung des Heimatbundes liegt ausschließlich in der Hand von Männern, deren kompromisslose Haltung während der nationalsozialistischen Zeit die Gewähr für ihre Einstellung in der Zukunft gibt.

4.) Der Heimatbund ist interessiert an gleichartigen Gedankengängen und Bewegungen in anderen Teilen des einstigen deutschen Reiches, ohne sich jedoch irgendwie in Dinge jenseits der natürlichen Grenzen seines Raumes einzumischen.

III. Der Heimatbund strebt folgende Ziele an:

1.) Der Heimatbund will die Schaffung eines unabhängigen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des schwäbisch-alemannischen Volkes innerhalb der alten Reichsgrenzen unter Berücksichtigung des Willens der bodenständigen Bevölkerung.

2.) Bürger dieses Staates und somit mitsprachberechtigt soll nur sein, wer innerhalb des schwäbisch-alemannischen Raumes bodenständig oder so eng mit

unserem Leben verbunden ist, dass er als Bodenständiger betrachtet werden kann.

3.) Nach innen soll unser Staat auf weitgehender Selbstverwaltung der natürlichen Landschaften und der Gemeinden aufgebaut sein. Der demokratische Gedanke soll durch Übertragung weiter Befugnisse unmittelbar an das Volk verwirklicht werden! Volksabstimmungen über wichtige Gesetze, Wahl der leitenden Beamten durch das Volk, Beteiligung des Staatsbürgers an der Verwaltung und Justiz, sind dafür die wichtigsten Mittel. Der Staat muss unmittelbar dem Staatsbürger dienen, nicht der Staatsbürger Untertan des Staates sein.

4.) Nach außen soll unser Staat in Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarländern leben und mit Schärfe allem entgegentreten, was wieder zu einem Krieg irgendwelcher Art und mit irgendwelchen Zielen führen könnte. Wir müssen bereit sein, die wirksamsten Garantien dafür zu geben, dass alle militaristischen, nationalsozialistischen oder imperialistischen Gedankengänge rücksichtslos unterdrückt und entsprechende Einflüsse von außen, vor allem auch aus anderen Teilen Deutschlands mit Nachdruck zurückgewiesen werden. Erst dann wird eine Bereinigung der Kriegsfolgen und ein gesunder Wiederaufbau möglich sein. Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, Anstrengung weitgehender Zollangleichung mit den Nachbarn und Einflechtung unseres Landes in eine gesamteuropäische Föderation und in die Weltwirtschaft wird dabei wesentlich sein.

5.) Wir fordern für unseren Staat: eine einfache, sparsame und weitgehend vom Staatsbürger getragene Verwaltung; ein einfaches und unseren Traditionen entsprechendes Recht und eine mit dem Volk verbundene Rechtspflege; Besetzung der Beamtenstellen, vor allem der führenden, vorzugsweise mit Landsleuten; eine bodenständige Wirtschaftspolitik, ein bodenständiges Kulturleben und eine bodenständige Kunst; dabei soll jedoch alles Wertvolle, das von außen und auch vom Ausland kommt, berücksichtigt werden; Reform der Schulen, einschließlich der Mittel- und Hochschulen, im Sinne der Ausschaltung ungesunder Einflüsse und der Erziehung zum Wahren und Menschlichen; Ersatz der preußischen Geschichtsauffassung durch Kenntnis des eigenen Landes und seiner Vergangenheit; Ausschaltung und Unschädlichmachung aller undemokratischen Elemente, der Personen wie der Ideen.

6.) Nach dem verlorenen Krieg müssen wir alle Arbeiter sein: niemand wird mehr bequem von dem leben können, was andere für ihn erarbeiten. Aber die Interessen der Arbeiter, der Bauern und der selbständigen Existenzen müssen auf demokratischer Grundlage aufeinander abgestimmt werden. Jeder Staatsbürger soll ein Recht zu leben und zu arbeiten haben.

7.) Auch die weltanschaulichen Fragen sollen nach dem freien Willen der Bevölkerung und ohne staatlichen Zwang geregelt werden. Unverrückbar bleibt

die Anerkennung der sittlichen Grundlagen jedes politischen und privaten Lebens, die Achtung vor der Menschenwürde, die Achtung vor der gewissenhaften Überzeugung des Einzelnen.

8.) Als Vorstufe zur Schaffung des selbständigen Schwäbisch-Alemannischen Staates strebt der Heimatbund die Gründung eines Staatswesens an, das die ganze gegenwärtig französisch besetzte Zone des schwäbisch-alemannischen Gebietes umfasst. In ihm soll eine gemeinsame Regierung und eine gemeinsame Volksvertretung bestimmte Aufgaben für die gesamte Zone durchführen. Im Übrigen soll eine weitgehende Selbständigkeit der Landschaften ermöglicht werden.